

# Zwischen Notlösung und Pionierarbeit – Die Anfänge der ambulanten Psychiatrie in Winterthur

WINTER  
THURER  
2023  
JAHRBUCH

Nadia Pettannice

**Die jüngere Psychiatriegeschichte in Winterthur ist bisher kaum erforscht. Bis 1945 gab es mit Ausnahme von wenigen Privatpraxen keine ambulanten psychiatrischen Angebote. Die beiden zuständigen Anstalten Burghölzli und Rheinau waren hoffnungslos überfüllt. In Ermangelung von Alternativen wurden Menschen mit akuten psychischen Problemen oft ins Kantonsspital Winterthur eingewiesen. Ein Hilferuf aus dem Kantonsspital markiert den Anfang der ambulanten Psychiatrie in Winterthur.**

Mitten im Zweiten Weltkrieg lief die öffentliche Gesundheitsversorgung am Anschlag. Ihre Infrastruktur war der Bevölkerungszunahme nicht gewachsen. Hinzu kamen die Belastungen durch den Krieg und die damit verbundene Personalnot. Auch im Kantonsspital Winterthur (KSW) war die Lage prekär. Nur mit Mühe konnte die medizinische, chirurgische und gynäkologische Versorgung aufrechterhalten werden. Da auch die beiden psychiatrischen Anstalten überfüllt waren, wurden zudem vermehrt psychiatrische Patientinnen und Patienten ins KSW eingewiesen. Dafür war das Personal jedoch weder geschult noch ausgerüstet. 1943 setzte die Spitalleitung einen Hilferuf an die Gesundheitsdirektion ab und beantragte die Eröffnung einer psychiatrischen Poliklinik vor Ort. Als Betreiberin stellte sich die Klinik Rheinau zur Verfügung. Am 1. März 1945 wuchs die Anstalt somit über ihre eigenen Mauern hinaus und quartierte sich im KSW ein. Zweimal wöchentlich hielt der Psychiater Hans Wehrle nun in den Räumlichkeiten der Chirurgie seine Sprechstunden ab. Im ersten Jahr untersuchte und behandelte er 612 Patientinnen und Patienten. Gemeinsam mit seiner kurzfristig angestellten Schreibhilfe kämpfte er sich durch den Klinikalltag und erstellte 595 Berichte sowie 52 Gutachten.

**Psychiatrisches Gutachten zur Schwangerschaftsfähigkeit**  
Neben diagnostischen Abklärungen und Psychotherapie spielten sogenannte Schwangerschaftsfähigkeitsabklärungen eine

wichtige Rolle. Bis 2002 waren Abtreibungen in der Schweiz illegal. Nur wenn ein medizinisches Gutachten vorlag, konnten sie legal durchgeführt werden. Ungewollt schwangere Frauen wandten sich damals häufig an die Behörden, um Unterhaltszahlungen durchzusetzen oder eine legale Abtreibung zu erwirken. Diese wiesen sie dann den psychiatrischen Polikliniken und Frauenkliniken zu. Gerade bei ledigen Schwangeren aus tieferen sozialen Schichten knüpften die Ärztinnen und Ärzte schweizweit ihre Zustimmung oft an die Bedingung, dass die Frauen gleichzeitig in eine Sterilisation einwilligten. Weil diese Einwilligung oft aus Angst vor drohenden sozialen Konsequenzen gegeben wurde, spricht man von einer faktischen Zwangssterilisation. Zwischen 1948 und 1955 begutachteten Klinikleiterin Johanna Bash-Liechti (1907–1980) und ihr Assistenzarzt in Winterthur 594 Frauen, bei 290 empfahlen sie eine Abtreibung mit anschliessender Sterilisation, während sie bei 304 die Schwangerschaftsfähigkeit bestätigten. Wie die Gutachten begründet wurden, welche Positionen die Frauen, die zuweisenden Instanzen und die Begutachtenden dabei vertraten und ob der Eingriff auch tatsächlich erfolgte, müsste im Einzelfall untersucht werden. In vielen Fällen dürften aber primär sozialökonomische und weniger medizinische Motive im Vordergrund gestanden haben.

Das ursprüngliche Problem konnte die Poliklinik nicht lösen: Auch 1962 liessen sich immer noch viele Menschen mit psychischen Symptomen stationär einweisen. Um die regulären Abteilungen zu entlasten, eröffnete das KSW 1963 an der Haldenstrasse 98 eine psychotherapeutische Bettenstation für 16 Personen. Sie war laut Angaben des neuen Klinikleiters Ronald Furger für Menschen gedacht, die «wegen ihrer Verhaltensschwierigkeiten in ihrem Beruf, in ihren familiären und mitmenschlichen Beziehungen, in ihrer ganzen Lebensgestaltung in quälende Schwierigkeiten geraten sind. Jugendliche, die zufolge Entwicklungskrisen, Milieuschädigungen und Anpassungsschwierigkeiten den Weg in die Gemeinschaft der Erwachsenen nicht finden. Menschen, die im Begriff sind, aus

irgendwelchen Gründen süchtig zu verfallen.» Sie alle sollten in der familiären Atmosphäre genügend Zeit für eine intensive Psychotherapie haben. Die Aufenthaltsdauer lag zwischen 45 und 150 Tagen und war damit deutlich länger als bei allen anderen Abteilungen.

### Wohin mit drogenabhängigen Jugendlichen?

Ab 1967 sah sich die Poliklinik vermehrt mit Menschen konfrontiert, die Schmerz- und Hustenmittel missbrauchten oder Marihuana konsumierten. 1970 kamen die ersten heroinabhängigen Jugendlichen hinzu. Um die neuen Herausforderungen bewältigen zu können, setzte sich Ronald Furger bei dem zuständigen Stadtrat Albert Eggli (SP) für ein neues Betreuungsangebot ein. In Eggli fand er einen engagierten Förderer für sozialpsychiatrische Projekte. 1971 eröffnete die Stadt Winterthur gemeinsam mit dem Kanton Zürich im Haus «Zur Platane» an der Tösstalstrasse 19 die Beratungsstelle für Jugendliche Winterthur (BSJ). Das Angebot sollte allen Jugend-

lichen offenstehen und verzichtete deshalb auf sonst übliche Bezeichnungen wie «Drogenanlaufstelle» oder «Drop-in». Die ärztliche Aufsicht lag weiterhin bei der psychiatrischen Poliklinik. Die BSJ bot Einzel- und Gruppentherapien, Freizeitaktivitäten und Jugendtreffpunkte an und suchte den Kontakt zu obdachlosen Jugendlichen. Hinzu kamen Öffentlichkeitsarbeit und Schulberatungen.

Die Nachfrage war gross: 1972 nutzten 445 Jugendliche das freiwillige Angebot. Die Mehrheit hatte mit Problemen in der Familie, am Arbeitsplatz, ihrer Sexualität oder «dem Lebenssinn überhaupt» zu kämpfen. Da schwere familiäre Konflikte oft nicht ambulant gelöst werden konnten, versuchten Mitarbeitende die Jugendlichen an Pflegeeltern zu vermitteln – oft ohne Erfolg. Auch die meisten Erziehungsheime und Anstalten nahmen keine drogenabhängigen Jugendlichen auf. Die Betroffenen fielen durch die Maschen, und manche landeten auf der Strasse. Viele Städte eröffneten in den 1970er-Jahren deshalb Notschlafstellen. Winterthur ging andere Wege und



Blick in die Frauenabteilung des Kantonsspitals Winterthur während des Zweiten Weltkriegs. Das Spital war trotz Notbetten und Notbaracken hoffnungslos überfüllt und gleichzeitig personell unterbesetzt. Die gesamte öffentliche Gesundheitsversorgung lief damals am Anschlag. (Bild: Otto Maurice Schürch, Archiv für Medizingeschichte Universität Zürich [AfM UZH], PN 141 Box 6A 08, 09, 10)



Nachdem während der Rezession viele Menschen mit psychischer, geistiger oder körperlicher Beeinträchtigung ihre Arbeit verloren hatten und die IV in Schieflage geraten war, kam es 1979 zur ersten grossen Behindertendemonstration in der Schweiz, an der die Betroffenen ihre Rechte einforderten. (Bild: Heinz Baumann, ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv)

setzte auf die Einrichtung von therapeutischen Wohngruppen. Diese sollten zum Ziel haben, «jungen Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen durch erfahrene Sozialarbeiter eine Lebenshilfe zu vermitteln».

### Therapeutische Wohngruppen

Die Idee von therapeutischen Wohngruppen war von den Forderungen der 68er- und der Anti-Psychiatrie-Bewegung beeinflusst. Diese kritisierten Zwangsmedikationen, die Langzeitverwahrung von Menschen in Anstalten sowie die Kriminalisierung von Drogenabhängigen. Unter der Parole «Integrieren statt wegsperren» suchten Vertreterinnen und Vertreter der Sozialpsychiatrie nach Alternativen und setzten sich für den Ausbau ambulanter Angebote ein.

Die Stadt lancierte drei Versuchswohngruppen: In der ersten WG lebten zwei Jugendliche mit zwei Studentinnen der Sozialen Arbeit zusammen. Beim zweiten Modell nahm ein Sozialarbeiter der BSJ mehrere Jugendliche bei sich zu Hause auf, und an der Anton-Graff-Strasse 28 gründete die BSJ eine selbstverwaltete Wohngemeinschaft. Dort sollten vier «stabile» Jugendliche und zwei «instabile» Jugendliche aufein-

ander achtgeben und «unter regelmässiger Supervision eines Sozialarbeiters in einen neuen stabilisierenden Prozess des sozialen Lernens» hineinwachsen.

Während die ersten beiden Varianten aufgrund sich verändernder Lebensverhältnisse und fehlender Abgrenzungsmöglichkeiten aufseiten der Betreuenden scheiterten, wurde die selbstverwaltete WG in den Augen der BSJ «zu autonom», indem sich «die WG langsam gegen die Tätigkeit der Beratungsstelle wandte und sich aggressiv völlig zu verselbständigen versuchte». Die BSJ zog den Stecker und löste den Mietvertrag auf. Dennoch hielt Winterthur am Konzept fest. Nicht zuletzt aus finanziellen Überlegungen: Lag der Tagesansatz in einer Psychiatrie damals bei circa 190 Franken, waren es für einen WG-Platz nur 30. Nach Auswertung der gemachten Erfahrungen kamen die Verantwortlichen zum Schluss, dass eine therapeutische WG nur funktionieren kann, wenn Sozialarbeitende zumindest teilweise mit den Jugendlichen in der WG zusammenleben. Zur «Vermeidung jeglichen amtlichen Anstrichs» und auch weil kostspielige Renovationsarbeiten an der Anton-Graff-Strasse 28 bevorstanden, suchte die Stadt Winterthur eine private Trägerschaft für die Finan-





Die bevorstehende Letztenschliessung schürte die Angst vor einer offenen Drogenszene in Winterthur. Die Stadt setzte im Vorfeld auf harte Repressalien gegen Haschischkonsumenten. Der harte Kurs sorgte schweizweit für Kontroversen. (Bild: Philippe Rossier ©StAAG/RBA3-2-BL42313-1\_1=1)

zierung und den Betrieb der neuen therapeutischen Wohngemeinschaften.

Unterstützung fand sie nicht nur bei den Landeskirchen, sondern auch bei den lokalen sozialfürsorglichen und philanthropischen Gesellschaften, wie der Hülfsgesellschaft Winterthur, dem Kiwanis-Club, den Soroptimistinnen, der Kyburg-Loge des Schweizerischen Odd-Fellows-Bundes und der Freimaurerloge Akazia. Auch die beiden Grosskonzerne Rieter und Sulzer beteiligten sich. Dank diesem bürgerlichen Sockel konnte am 13. September 1973 die Gründungsversammlung des Vereins für therapeutische Wohngemeinschaften in Winterthur (VTGW) abgehalten werden.

#### **Wirtschaftskrise: Verschlechterung der Situation**

1973 eröffnete der VTGW die erste therapeutische Wohngemeinschaft an der Anton-Graff-Strasse 28. Sie bot Platz für vier Jugendliche. Ein Sozialarbeiterhepaar, das ebenfalls im Haus wohnte, betreute die Jugendlichen halbtags. Zusätzlich besuchten die Jugendlichen die BSJ. Aufnahmebedingung war eine geregelte Tagesstruktur durch Schule oder Lehre. Nach einem Jahr zog der Verein eine positive Bilanz, so hätten sich

die «ersten Jugendlichen, die schwere soziale Probleme, gefährdende Drogenerfahrung, deutliche Lern- und Arbeitsstörungen aufwiesen und zeitweise erheblich «flippeten»», stabilisiert. Aufgrund der hohen Personalfuktuation stellte sich aber bald die Einsicht ein, dass der Grundsatz des Zusammenwohnens nicht funktionierte. Bald zogen die Sozialarbeitenden aus und waren nur noch während ihren Arbeitszeiten anwesend. Während der Hochkonjunktur galten Menschen mit leichter psychischer, geistiger oder körperlicher Beeinträchtigung als wertvolle «Arbeitskraftreserve» und wurden von den Firmen gerne angestellt. Als die Schweiz zwischen 1974 und 1977 in eine Rezession rutschte, gehörten sie allerdings zu den Ersten, welche eine Kündigung erhielten. Die Betroffenen verloren damit ihr Einkommen und ihre Tagesstruktur. Das war auch ein Problem für die Wohngruppen, da diese nicht auf eine ganztägige Betreuung ausgerichtet waren. Weil der erste Arbeitsmarkt durch die einsetzende Automatisierung immer undurchlässiger wurde, kam es zu einer Gründungswelle von Vereinen und Institutionen, die geschützte Arbeitsplätze und Beschäftigung anboten. Auch der VTGW reagierte und schaffte intensiver betreute Wohnangebote. Gleichzeitig stiegen damit



Die ganze Welt schaute in den 1990er-Jahren auf die Schweiz und ihre neue liberale Drogenpolitik mit dem Viersäulenmodell. 1995 beteiligte sich Winterthur als eine der ersten Städte an den Heroinabgabeversuchen des Bundes. Es handelte sich damals weltweit um eine einzigartige Initiative. (Bild: Hans Friedli ©StAAG/RBA3-2-BL42353-2\_1=1)

die fachlichen Anforderungen, was eine zunehmende Professionalisierung notwendig machte. Was einst als Überbrückungslösung gedacht war, institutionalisierte sich. Im Jahr 2000 fusionierte der VTGW mit dem Verein für Sozialpsychiatrie Winterthur und Umgebung. Aus dieser Fusion ging der heutige VESO hervor. Der VESO verfügt mittlerweile über 80 Fachangestellte und unterstützt in der Region Winterthur über 400 Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen in den Bereichen Beschäftigung, Arbeit und Wohnen. Eine grosse Herausforderung bleibt der Wiedereinstieg in den ersten Arbeitsmarkt. Deshalb werden nicht nur die Betroffenen, sondern auch die potenziellen Arbeitgeber bei diesem Prozess unterstützt.

### **Kehrtwende in der Drogenpolitik**

1976 führte die BSJ als erste ambulante Institution in der Deutschschweiz ein hoch strukturiertes Methadonprogramm durch. Ebenfalls erstellte sie ein Notzimmerkonzept für Jugendliche in Krisensituationen, aus dem später das Büro für Notwohnungen hervorging. In den 1990er-Jahren erreichte die öffentliche Drogendebatte ihren Höhepunkt. Im Kontext der geplanten Lettenschliessung rechneten die Winterthurer Behörden mit der Rückkehr von 100 Schwerabhängigen. Im Vorfeld eröffnete die BSJ 1992 eine Drogenanlaufstelle. Die Angst vor einer offenen Drogenszene ging um.

Die Stadt sorgte zwischen 1992 und 1994 mit ihrem harschen Kurs gegen Haschischkonsumierende schweizweit für Schlagzeilen. Im Grossen Gemeinderat kam es zu einer heftigen Kontroverse über die Verhältnismässigkeit der durchgeführten Leibesvisitationen. Über 100 Winterthurer Persönlichkeiten



Die Drogenanlaufstelle (DAS) an der Meisenstrasse 3 blickt inzwischen auf eine 30-jährige Geschichte zurück. Die Institution bezeichnet sich heute als «Die Anlaufstelle» und bietet an ihrem neuen Standort niederschweligen Zugang zu verschiedenen Unterstützungsangeboten. (Bild: winbib / Marc Dahinden)

solidarisierten sich darauf mit den Betroffenen und bekannten sich im Januar 1994 mit einem Inserat im «Landboten» öffentlich zum Cannabiskonsum.

Nach einer Standortbestimmung folgte unter dem neuen Stadtpräsidenten Ernst Wohlwend (SP) die politische Kehrtwende: Die Repression sollte sich neu gegen den Haschischhandel und nicht mehr die Konsumenten richten, auch befürwortete der Stadtrat nun unter dem Projektnamen «Ikarus» die kontrollierte Heroinabgabe, die 1995 vom Volk knapp durchgewunken wurde. Das in dieser Zeit entwickelte Viersäulenmodell bewährte sich und bildet bis heute die Grundlage der Drogenpolitik in der Schweiz.

### **Von der Anstalt zum Netzwerk**

Während knapp 60 Jahren hatte sich in der Region ein ausgedehntes sozialpsychiatrisches Versorgungsnetz entwickelt. 1997 wurde diese Entwicklung in das neue Psychiatriekonzept aufgenommen und weiter vorangetrieben. Unter dem Credo «Ambulant vor stationär» lancierte der Kanton Zürich im Jahr 2001 mit der Integrierten Psychiatrie Winterthur (IPW) das schweizweit erste Modell einer gemeindenahen und integrativen psychiatrischen Versorgung für eine ganze Region. Waren die ersten ambulanten Angebote aus der Not geboren, so dient ihr Beispiel nun als Leitidee.

---

Nadia Pettannice ist freischaffende Historikerin bei «Klio – Raum für Geschichte» und Mitarbeiterin in der Sammlung Winterthur (Winterthurer Bibliotheken).